

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

21 (19.2.1948)

Druck neuen deutschen Geldes im Kontrollrat beschlossen

Berlin, 18. Febr. (New York Herald Tribune) vom 13. Febr. Die vier Besatzungsmächte einigten sich in dieser Woche in der Sitzung des Alliierten Kontrollrats darüber, den Druck des neuen deutschen Geldes für ein Vierjahres-Währungsreform anzuordnen. Das wurde bekannt. Die Anordnung, mit dem Druck des neuen Geldes zu beginnen — ein Vorgang, der einige Monate dauern wird — bedeutet jedoch nicht, daß die Währungsreform für ganz Deutschland sichergestellt ist. Denn verschiedene, meist technische Angelegenheiten müssen noch zwischen den Alliierten ausgemacht werden, die sich in letzter Minute als Widerstände für eine Vierjahres-Reform erweisen könnten.

Umgestaltung des Zulagesystems

Frankfurt, 18. Febr. (Dena) Die Pläne über die Umgestaltung des Zulagesystems für Industrie und Gewerbe werden nach einer Mitteilung des Zweimächtekontrollrates vom 18. Febr. zur Zeit noch beraten. Während bisher die Zulagen für Industrie und Gewerbe auf der Basis der Produktion der Arbeitsergebnisse, zusätzliche Lebensmittel erhielten, sollen nach den neuen Plänen die zusätzlichen Mahlzeiten in den Werkstätten einbezogen werden, so daß nicht zur Arbeit erscheinende Personen auch nicht den Genuss der Ernährungszulagen kommen.

Amerikanisches Mehl für Kinder- und Alterspeisungen

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche (Hauptbüro Baden) teilt folgendes mit: Es ist der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß amerikanisches Mehl, das in Deutschland zur Verfügung steht, nach Schlüsselmaßiger Aufteilung kann damit gerechnet werden, daß auf den Bereich der Kinder- und Alterspeisungen in Deutschland der größte Teil des Mehlbedarfes entfallen wird. Die bestehenden Alterspeisungen in den Großstädten und Kindererholungs- und -speisungen im Bereich des Hauptbüros bis etwa Juni/July sicherstellen zu können. Eine Einzelverteilung in den Gemeinden kommt darum nicht in Frage.

Der württembergisch-badische Landtag

CDU nicht zufrieden mit der Wahl von Dr. Maier und Dr. Veit

Stuttgart, 18. Febr. (Hue Eig. Ber.) Am 18. Febr. fand die 66. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags statt. Eine Erklärung der CDU in der sie ihr Befremden über die Entscheidung des Ministerpräsidenten Dr. R. Maier und des Wirtschaftsministers Dr. Veit in den Frankfurter Länderrat ausdrückte, wurde vorgelesen und zur Kenntnis genommen. Anstelle des aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Abg. der SPD Pöhlner wurde der Abg. Albert Wolf eingeführt. Innenminister Ulrich stellte richtig, daß die Militärregierung die Winterbeihilfe für Bedürftige nicht abschnitt, sondern nur einige Änderungsvorschläge gemacht habe. Auf eine kleine Anfrage der weiblichen Abgeordneten aller Parteien versprach Landwirtschaftsminister Stoß eine Sonderzulage an Wein für Altersheim- und Krankenhäuser. Der Hauptpunkt der Sitzung war die Wahl von fünf weiteren Abgeordneten für den Wirtschaftsrat in Frankfurt. Es wurden gewählt für die CDU: Professor Dr. Bauer, Josef Braun, für die SPD: Dr. Heinrich, Dr. Karl Bommert, für die DVP: Dr. Schwamberger. Eine Ergänzung zum Gesetz Nr. 702, bekannt als Arbeitsverpflichtungsgesetz, wurde in drei Lesungen ohne Debatte einstimmig angenommen. Eine große Anfrage beschäftigte sich mit den Möglichkeiten der Bekämpfung der Wildschweineplage. Landwirtschaftsminister Stoß erklärte dazu, daß eine wirkungsvolle Bekämpfung vorläufig aus Mangel an Gewehren und Fallwild nicht möglich sei. Ein Antrag des Abg. Heining (CDU) über die Erhebung eines steuerfreien Betrages für Trümmer-

Im Telegrammstil

Washington, Präsident Truman fordert 570 Millionen Dollar-Hilfe für China. (Dena-INS) Die britische Regierung setzte am 17. Februar die UN davon in Kenntnis, daß wöchentlich 1200 freiwillige europäische Arbeiter nach Großbritannien geschickt würden, die durch die Arbeitsverpflichtungsgesetz (Dena-INS) Princeton, New Jersey, Der dänische Atomwissenschaftler Prof. Niels Bohr, der der Welt als erster die Spaltung des Atoms bekannt machte, ist als Gastprofessor an das Institut für Atomforschung in Princeton berufen worden. (AP) London, Der österreichische Außenminister Dr. Karl Gruber traf am 17. d. Mts. in London ein, um, falls erforderlich, bei der am 20. Febr. beginnenden Konferenz der Außenministervertreter für Österreich teilzunehmen. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums teilte mit, daß die britische Truppe nach Beendigung des Mandats am 15. Mai so schnell wie möglich und bis spätestens am 1. August aus Palästina zurückzuziehen. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums gab am 17. d. Mts. bekannt, daß sich der 3000-t. „Nigeria“ auf der Fahrt nach dem britischen Gebiet in der Antarktis befinde. — Marschal Stalin und Außenminister Molotow empfingen, wie der Moskauer Rundfunk meldet, am 17. Februar den ungarischen Staatspräsidenten Zoltan Tildy und die zur Zeit in Moskau weilende ungarische Regierungsdlegation. — Nach einer Tag-Meldung aus Moskau hat das Präsidium des Obersten Sowjet A. N. Kosygin, einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR zum Finanzminister als Nachfolger A. Swerows ernannt. (Dena - Reuter-AP) Dublin, Der Rechtsanwalt John A. Costello wurde am 18. Februar zum Ministerpräsidenten von Irland gewählt. (AP) Budapest, Ein gegenseitiger Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen Ungarn und der Sowjetunion wird am Donnerstag, 18. Februar, in der sowjetischen Hauptstadt unterzeichnet werden. (Dena) Beking, Das rumänische Parlament hat den Freundschafts- und Beistandsvertrag mit Ungarn am 17. d. Mts. ratifiziert. — Das

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, Donnerstag, 18. Febr. 1948

Die Kohle ist der Engpaß der deutschen Wirtschaft

Berlin, 18. Febr. (Dena) Der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Mr. Lawrence Wilkinson, sieht in der erwarteten Einbeziehung der deutschen Westzonen in das europäische Wiederaufbauprogramm (Marshall-Plan) eine Stärkung der gesamten deutschen Wirtschaft. Im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms würden die zuständigen deutschen Wirtschaftsstellen zum gegebenen Zeitpunkt die besonderen Erfordernisse der deutschen Wirtschaft feststellen, wogegen die letzte Entscheidung über die Dringlichkeit den Besatzungsmächten vorbehalten bliebe.

Das gegenwärtige niedrige Produktionsniveau und insbesondere das erneute Absinken der Kohlenförderung sind auf den allgemeinen Mangel an Organisation innerhalb des gesamten deutschen Wirtschaftssystems sowie auf die „Apathie“ der Arbeiter in den Kohlenbergwerken zurückzuführen. Es sei nicht die Aufgabe der amerikanischen Militärregierung, die den Kohlenbergarbeitern zubilligten Privilegien für alle Zeit aufrechtzuerhalten, wenn sich auf Grund dieser Vorzugsbehandlung zwar die Zahl der Bergarbeiter nicht über die tägliche der Leistung des einzelnen erhöhe, wie das gegenwärtig der Fall sei.

Die Kohle sei nach wie vor der Engpaß der deutschen Wirtschaft. Daher müssen die deutschen Bergarbeiter erkennen, daß sie bei mangelndem Willen zur Steigerung der Förderung die Hoffnung der deutschen Bevölkerung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Situation zu nichts machen könnten.

Wie Dena aus Frankfurt meldet, waren die Besprechungen des Vorsitzenden des Exekutivrates, Staatsrat Dr. Gebhard Seelos, und der Direktoren der Zweizonenverwaltungen mit Vertretern des amerikanischen Zweimächtekontrollrates über die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan mehr klärenden Charakters, da bis jetzt noch keine Mittel für das europäische Wiederaufbauprogramm (ERP) vom amerikanischen Kongreß bereitgestellt worden seien, teilte das Zweimächtekontrollrat hier am Mittwoch offiziell mit.

Sowjetische Dokumenten-Veröffentlichungen beschuldigen die Westmächte der Kriegsplanung gegen Rußland

Ferner wird behauptet, daß Amerika und Großbritannien 1941/42/43 mit Hitler Fühlung nahmen

Moskau, 18. Febr. (AP) In dem 4. Teil ihrer Antwort auf die amerikanischen Veröffentlichungen sowjetischer Dokumente erklärt die Sowjetunion, daß Frankreich und Großbritannien im Jahre 1940 den Krieg gegen die Sowjetunion beginnen wollten. Ein entsprechender Plan sei damals in Frankreich von den Generalen de Gaulle und Weygand entworfen worden. Der letztere, der seinerzeit Befehlshaber der französischen Truppen in Syrien war, habe sich gerühmt, den Kaukasus mit geringen Verstärkungen und 200 Flugzeugen zu besetzen und in Rußland einzudringen „wie das Messer in die Butter“.

Es sei ebenfalls bekannt, daß der französische General Gamelin zum gleichen Zeitpunkt einen Plan für gemeinsame britisch-französische Operationen gegen die UdSSR ausgearbeitet habe, der insbesondere die Bombardierung der Städte Baku und Batum ins Auge faßte.

In diesen Besprechungen seien die USA durch den Sonderbeauftragten Allan Dulles, dem Bruder von John Foster Dulles, bekannt gewesen, der sich unter dem Namen „Bull“ verberge und der unmittelbar vom Weißen Haus Vollmachten und Instruktionen empfangt.

Die Vorbereitungen wurden seitens der französischen und britischen Regierung mit aller Eile betrieben. Der Generalstab beider Länder befaßte sich mit den Plänen für einen solchen Angriff. Ansetzt den Krieg gegen die Sowjetunion zu führen, wollten diese Herrschaften den Krieg gegen die Sowjetunion in Szene setzen.

Die sowjetische Regierung behauptet in ihrer Erklärung ferner, daß Amerika und Großbritannien mit Hitler während des Krieges Fühlung nahmen.

es nicht zulassen, daß Situationen entstehen, die Staaten wie Deutschland zwingen, mit verzweifeltsten Experimenten und Heroismus gegen Ungerechtigkeit und Not zu kämpfen. Der deutsche Staat muß als Faktor der Ordnung und Wiederherstellung bestehen bleiben. Die Teilung Deutschlands und die Abtrennung Österreichs kommen nicht in Frage.

„Es gibt nur zwei Lösungen für Deutschland“

Paris, 18. Febr. (Dena-Reuters) Gaston Palewski, Generalleutnant der französischen Armee, sprach am Dienstag zur deutschen Frage und erklärte, es sei dumm, einen Vertrag wie das Dunkirkener Abkommen (anglo-französischer Bündnisvertrag) abzuschließen, bevor das gesamte deutsche Problem gelöst sei, was nächste Woche geschehen müsse. Bismarck habe einst erklärt: „Der Orient beginnt in Wien“. Wir sagen, daß sich der Orient weiter nach Westen ausdehnt und in Berlin beginnt, er bedroht Europa. Palewski sieht zwei Lösungen für das deutsche Problem.

Die Hilfe Argentinien-Deutscher

Socorro para Alemania Democratica, Buenos Aires, teilt mit: „Die deutschen Antifaschisten in Argentinien werden im Jahre 1948 ihre Solidaritätsaktionen zu Gunsten der Hungernden in Deutschland intensivieren“, erklärte der frühere Abgeordnete August Siemsen, der an der argentinischen Hauptstadt dabei bei Kriegesende ins Leben gerufen „Deutschland-Hilfswerk“ (Socorro para Alemania Democratica, Calle Austria 2064, Buenos Aires) leitet. „Im Gegensatz zu den privaten Hilfsaktionen, die sich in der Vergangenheit schnell und sicher in die Hand der Empfänger gebracht werden. Wir erheben auf unsere Gesteuerungskosten einen geringen Aufschlag, der ausschließlich dazu verwendet wird, verdienten deutschen Hilfsarbeitern zu zahlen, die keine Verwandten oder Freunde im Ausland haben.“ Alle individuellen aus Deutschland an uns gerichteten Hilfsangebote“, erklärte Dr. Siemsen schließlich, „können von uns leider nicht berücksichtigt werden, da unser Socorro nur mit den anerkannten deutschen Solidaritätsorganisationen zusammenarbeitet, um Mißbrauch und Ungerechtigkeit in der Verteilung der Spenden zu vermeiden.“

Ein Dementi General Clays

Frankfurt, 18. Febr. (Dena) Der US-Militärattaché Lucius D. Clay dementierte am 14. Febr. nach Besprechungen mit deutschen Persönlichkeiten des Wirtschaftsrates vor Pressevertretern, daß zwischen dem politischen Berater, Botschafter Robert D. Murphy, und einem Berater des sowjetischen Militärgouverneurs Marschall Sokolowski Geheimbesprechungen stattgefunden hätten. Auch das Sowjetische Nachrichtenbüro dementierte diese Behauptung.

USA-Präsident fordert neue Hilfe für Griechenland

Washington, 18. Febr. (AP) Präsident Truman teilte dem Kongreß am Montag mit, daß er die Bewilligung weiterer Mittel für die militärische Unterstützung Griechenlands und der Türkei fordern werde.

Amerikanische Zigaretten als Sonderzulage

Stuttgart, 18. Febr. (Dena) Von den in der Bizonen zur Verteilung vorgesehenen 210 Millionen Zigaretten werden 168 Millionen Zigaretten als Sonderzulage verteilt werden, während die restlichen 42 Millionen Stück für die Post und die Eisenbahn bestimmt sind, erklärte hier am 17. d. Mts. ein Sprecher des württembergischen Wirtschaftsministeriums einem Dena-Vertreter.

Deutsche Wirtschaftskommission in der Ost-Zone

Berlin, 18. Febr. (Dena) Die Bildung einer deutschen Wirtschaftskommission mit größeren Vollmachten für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands ist von einem Präsidenten an der Spitze, in der Vertretung der Arbeiter und der verschiedenen Verwaltungszweige der Zone vertreten sein sollen, wurde am 12. Febr. von dem sowjetischen Militärgouverneur in Deutschland, Marschall Sokolowski, durch Befehl Nr. 32 angeordnet.

Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien erörtern Deutschlandfrage

„Die Konferenz in Prag ist nicht gegen die Westmächte gerichtet“ Prag, 18. Febr. (Dena) Die Prager Außenministerkonferenz, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Trauer um Erzbischof Gröber

Freiburg, 18. Febr. (CND) Zum Ableben von Erzbischof Dr. Conrad Gröber trafen hier zahlreiche Beileidsbezeugungen ein, u. a. von Kardinal von Preysing, Bischof von Berlin, von Bischof Muench, von Fargo (USA), Apostolischer Visitator für Deutschland, Markgraf Berthold von Baden, von Oberbürgermeister Töpper, Karlsruhe. Der Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Minister Dr. H. Köhler, sandte folgende Beileidstelegramme: „Tief erschüttert über die Nachricht vom Hinscheiden des Hochwürdigsten Herrn Erzbischofs Dr. Gröber spreche ich Ihnen im Namen des Landesbezirks Baden wie in meinem eigenen die herzlichste Anteilnahme aus. Was der Heimgegangene besonders in den Jahren der vergangenen Gewaltherrschaft beispielhaft und vorbildlich geleistet hat, gehört der Geschichte an. Seine damaligen mutigen Hirtenpflichten, diese Tage des christlich-deutschen guten Gewissens zu bewahren, sind für die gesamte deutsche Nation ein Beispiel geblieben. Im Ehrenbuch der Geschichte des geistlichen, zähen christlichen Widerstandes gegen das Reich der Gottes- und Kirchenfeinde wird der Name Conrad Gröber mit an erster Stelle stehen. Sie sei ein Problem, mit dem sich vordringlich Deutschlands Nachbarn und derjenigen Völker auseinandersetzen

Neue Durchführungsverordnungen zum Befreiungsgesetz

Wiesbaden, 18. Febr. (Dena) Sühnemaßnahmen gegen Jugendliche und Nachfahren bei verstorbenen Minderbelasteten sind Gegenstand der 26. und 27. Durchführungsverordnungen zum Befreiungsgesetz. Nach der 26. Durchführungsverordnung können bestimmte Sühnemaßnahmen für Jugendliche, die nach dem 1. Januar 1949 geboren sind, und in die Gruppe der Belasteten eingereiht werden, alle oder einzeln zeitlich beschränkt werden. Sie sind jedoch für eine Mindestdauer von 10 Jahren festzusetzen. Hierbei handelt es sich um die Bekleidung eines öffentlichen Amtes, Rechtsansprüche auf Pensionen oder Renten, das Wahlrecht, die Wahlbarkeit und das Recht der politischen Betätigung, die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft, einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung, Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkung und der Verlust von Approbationen, Konzessionen und Berechtigungen, sowie das Recht, einen Kraftwagen zu halten.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

Die polnische Außenministerkonferenz

Die polnische Außenministerkonferenz in Prag, die am 17. d. Mts. in Prag stattfand, erörterte die Deutschlandfrage. Die Außenminister von Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien sind anwesend.

„Bewegung“ in Bayern

Mit einem Schlag ist die bayerische „Politik durch die“ Entscheidungen, die sich am Rande von im Innern der CSU der stärksten Partei des Landes, abspie, in Wallung geraten. Inhalt, Organisation und politischer Ansatz der CSU sind durch eine Reihe politischer Erscheinungen und Vorkommnisse, die sich am Montag um ein Gegenbewegen gruppieren, einer harten, an die Existenz führenden Belastungsprobe unterworfen.

Mögen es Ausflüsse einer sich ständig verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Lage sein, mag hierin eine Nachwirkung des Konflikts der Frankfurter Wirtschaftsrat mit der bayerischen Regierung zu erblicken sein, auf alle Fälle wird der unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Josef Müller stehende CSU der Vorwurf allzu schwächlichen Eintretens für die bayerischen Belange gemacht, und das letztere ist für die das Land Bayern repräsentierende Partei ein gefährlicher Vorwurf bei dem Bauern- und Kleinbürgerum Oberbayerns, das von der Partei mehr mit dem Gefühl als mit dem kritischen Verstand Politik zu treiben gewohnt war.

Überraschend schnell ist so der CSU in der Gestalt der ehemals so stark bespötelten Bayernpartei eine gefährliche Konkurrenz entstanden. Sie vertritt ein extrem föderalistisches, auf Massenwirkung berechnetes Schlagwortprogramm und sammelt die nicht wenigen Unzufriedenen unter der weitblauwei Fahne mit der Forderung eines selbständigen bayerischen Volksrates. Sie vertritt eine Konkurrenz der Verantwortung, wie zum Beispiel der Ausweisung von 400 000 Norddeutschen aus Bayern, von denen höchstens die für den bayerischen Staat Brauchbaren im Lande bleiben könnten. Solche und ähnliche Maßnahmen hat der von der CSU zur Bayernpartei hinübergewechselte ehemalige Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner in einer großen Massenversammlung vertreten und sich damit zu einem der führenden Männer dieser neuen Bewegung qualifiziert. Der Befall der Masse war ihm ebenfalls sicher.

Diesen Augenblick hielt der frühere Vorsitzende der CSU, Staatsrat Fritz Schäfer, der letzte Leiter der bayerischen Volkspartei im Jahr 1933, für taktisch günstig, sich wieder in die in der praktischen Politik zu vollziehen, allerdings nicht als einfaches Mitglied, sondern als der vom Landesverband Oberbayern gewählte Vorsitzende mit der bayerischen Volkspartei im Sinne eines stärkeren Föderalismus den Kampf um die Führung der Partei gegen den bisherigen Vorsitzenden Dr. Müller aufzunehmen. Dr. Müller war gerade vorher auf der Parteitags-Sitzung in Marktredwitz gegen die Stimmen der Oberbayern zum Vorsitzenden gewählt worden. Daß es nur ein Pyrrhusieg war, den der überlegene Parteistrategen zu erringen vermochte, und daß die Einheit, die er proklamiert wurde, nur ein taktisches und keineswegs eine programmatische war, hat sich jetzt gezeigt.

An die Stelle Hundhammers ist der stärkere oberbayerische Parteivorstand Schiffer getreten, ein Mann von streitbarer politischer Form, der mit seinen Oberbayern im Rücken und der Bayernpartei als Antrieb, nicht außerhalb der CSU, sondern innerhalb der Parteigrenzen, ins entscheidende Gefecht um die neuen Grundlagen der CSU und um die neue Kurs geht.

Eine zentrale Position im Ringen um die Zukunft der Partei nimmt der bayerische Ministerpräsident Ehard ein. Er genießt sowohl das Vertrauen der bayerischen Bevölkerung als auch der ihm auf der oberbayerischen Landesversammlung ausdrücklich als seinen Freund bezeichneten. Seine staatsmännischen Fähigkeiten, die er sowohl in der Leitung der Geschichte Bayerns, wie auch als Vorsitzender der Ministerpräsidentenversammlung in München vor der Moskauer Konferenz bewies, sind im Lande anerkannt. Er hatte bisher zwischen den extremen Forderungen der bayerischen Ultraföderalisten und den bayerischen Belangen eine vermittelnde Stellung einzunehmen vermocht. Er wird allerdings nun nicht mehr umhin können, von der drohenden Abwanderung seiner Parteihänger ins Lager der Bayernpartei möglichst zu bezugen. Eine Verstärkung seiner föderalistischen Linie vorzunehmen. Er wird aber zu gleicher Zeit schon im Interesse der Aktionsfähigkeit seines Kabinetts, dessen parlamentarische Grundlagen durch eine Spaltung der Partei mit ihrer unmittelbaren Wirkung auf die Landtagsfraktion in Gefahr kommen könnten, seine ganze Autorität aufbieten, um auf dem Wege der Vermittlung zu einem Ausgleich zu kommen. Ob er allerdings bei so enger Parteilichkeit und bei der Tatsache, daß es sich nicht nur um politische Nuancen handelt, überhaupt möglich ist, wird sich in den nächsten Wochen schon entscheiden müssen. Sicherlich sind die Parteitagsgruppen in ihren Auseinandersetzungen auf den Frankfurter Wirtschaftsrat und auch auf die Arbeitsgemeinschaft der CDU-CSU haben, aber ebenso sicher wird man darauf hinweisen können, daß eine unaufrichtige deutsche Schicksalsgemeinschaft besteht in deren Verpflichtung und Verflechtung auch die stärkste blaue Demagogie niemand auf die Dauer herauszulösen vermag.

Neue Durchführungsverordnungen zum Befreiungsgesetz

Wiesbaden, 18. Febr. (Dena) Sühnemaßnahmen gegen Jugendliche und Nachfahren bei verstorbenen Minderbelasteten sind Gegenstand der 26. und 27. Durchführungsverordnungen zum Befreiungsgesetz. Nach der 26. Durchführungsverordnung können bestimmte Sühnemaßnahmen für Jugendliche, die nach dem 1. Januar 1949 geboren sind, und in die Gruppe der Belasteten eingereiht werden, alle oder einzeln zeitlich beschränkt werden. Sie sind jedoch für eine Mindestdauer von 10 Jahren festzusetzen. Hierbei handelt es sich um die Bekleidung eines öffentlichen Amtes, Rechtsansprüche auf Pensionen oder Renten, das Wahlrecht, die Wahlbarkeit und das Recht der politischen Betätigung, die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft, einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung, Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkung und der Verlust von Approbationen, Konzessionen und Berechtigungen, sowie das Recht, einen Kraftwagen zu halten.

Die 27. Durchführungsverordnung sieht vor, daß im Falle des Ablebens eines als vorläufig eingestuft Minderbelasteten der öffentliche Kläger entscheidet, ob ein Nachverfahren auf Einreichung in die Gruppe der Belasteten stattfindend soll. Hierbei ist das bisherige Verhalten des Betroffenen maßgebend. Auf Grund der Ermittlungen des öffentlichen Klägers entscheidet der Minister für politische Befreiung über die Abwicklung eines Verfahrens auf ganze oder teilweise Einziehung des Nachlasses.

1 Bürgermeister und 2 Beigeordnete

Änderung der Gemeindeauswahl — Ausleihe von Fibeln an die 1. Schulklasse

Zu Beginn der letzten öffentlichen Stadtsitzung am Dienstag im Saal der Oberpostdirektion wurde Oberbürgermeister Töpfer für das anlässlich seiner Wiederwahl bewiesene Vertrauen, Stadtrat Traub ein sicheres ihm im Namen des Kollegiums volle Unterstützung zu. Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß die kommende Währungsreform die Kommunalverwaltung schwer belasten würde. Es müßte spannungsgewirtschaftet werden, und wie sich dann die Währungsreform durchzuführen ließe, müsse abgewartet werden. Wie wäre es, so fragte der Oberbürgermeister, wenn jeder Karlsruher drei Tage Ehrdienst leistete? Jeder Karlsruher würde der Stadt in kürzester Frist bereitgestellt. Die Hälfte der Trümmer ist abgeführt, und wertvolle Baustoffe für den Aufbau wurden wiedergewonnen. Es darf der Mittlere der gesamten Bevölkerung, wenn Karlsruhe von Schutt befreit wird, in der Währungsreform nicht zurückgelassen werden. Die SPD-Fraktion erklärte sich ebenfalls bereit, die erforderlichen Ehrdienstleistungen zu übernehmen. Oberbürgermeister Töpfer dankte dem Stadtrat für die Unterstützung und kündigte an, daß er in der nächsten Sitzung über die Ausleihe von sechs Jahren dem Stadtrat angehört.

Die Änderungen der Gemeindeauswahl fand einstimmig Annahme. Die Gemeindeauswahlkommission wird durch den Stadtrat ernannt, der die übrigen Stellvertreter werden künftig Beigeordnete bezeichnet und am vom Stadtrat gewählten Bürgermeister. In der Verfassung ist die Lernmittelfreiheit in den Volksschulen vorgesehen. 1900 Fibeln sind die erste Volksschulklasse in Karlsruhe. Die Stadtschulbehörde hat ein Leihgebühr von RM 1,— pro Buch vorgeschrieben. Der Stadtrat beschloß sich für die Beschaffung der Fibeln, die ohne Leihgebühr an die Schüler auszugeben und Eigentum der Stadt bleiben. Angenommen wurden die Forderungen der Besetzung nach Wiedereröffnung der Schaffensarbeiten, die Ernennung des Hauptlehrers Otto Hauser und der Hauptlehrerin Elisabeth Seufert in den beiden Klassen, sowie die Lehrkräfte zur Ausbildung der Schüler.

Jugend diskutiert mit Erwachsenen

Ein guter Auftakt zu weiteren Aussprachen

Die Schüler der höheren Lehranstalten von Karlsruhe und Ettlingen diskutierten am Samstagmorgen mit Eltern und Erziehern über die Schulreform. Die Diskussionen wurden von den Lehrern geleitet, die die Beibehaltung der humanistischen Schulbildung in der bisherigen Zeitspanne und wurde betont, daß die Schulreform nicht nur die akademische Berufswahl, sondern auch die berufliche Ausbildung und die Schulpflicht für die Jugend an die eigenen Berufsfragen und der folgenden Schulgeneration herantritt. Es ist die Aufgabe der Eltern, die die Schulreform mit ihren Kindern zu diskutieren. Die Schüler, die in diesem Sinne um Beruf und Existenz kämpfen, sind es, die die Schulreform zu verstehen und zu unterstützen. Die Schüler, die in diesem Sinne um Beruf und Existenz kämpfen, sind es, die die Schulreform zu verstehen und zu unterstützen.

Drei Teufelsgäste

Der Teufelsgast, die Naturfreunde, Ortsgemeinschaft Karlsruhe

Der Teufelsgast, die Naturfreunde, Ortsgemeinschaft Karlsruhe, veranstaltete am letzten Montag im Bonifatiusaal einen Farnebielwettbewerb über die Farne. Die Teilnehmer waren die Schüler der Montblanc du Tacul, die Schüler der u. r. München, der selbst zweimal den Montblanc bestiegen hat, schilderte in anschaulicher Weise die verschiedenen Leistungen der alpinen Bergsteiger. Die Gewinner waren die Schüler der Montblanc du Tacul, die Schüler der u. r. München, der selbst zweimal den Montblanc bestiegen hat, schilderte in anschaulicher Weise die verschiedenen Leistungen der alpinen Bergsteiger. Die Gewinner waren die Schüler der Montblanc du Tacul, die Schüler der u. r. München, der selbst zweimal den Montblanc bestiegen hat, schilderte in anschaulicher Weise die verschiedenen Leistungen der alpinen Bergsteiger.

Schulreform als Konkurrenzfrage

Am Mittwochnachmittag (18. 2.) nahm der Karlsruher Pflanzsausschuß der CDU in einer Versammlung im „Elefant“ Stellung zu den in den letzten Wochen und Monaten veröffentlichten Schulreformplänen.

Stadträtin A. Walch betonte, daß man etwas Gutes nicht aufgeben dürfe, wenn man etwas Besseres zu setzen wolle. Die Schulreform ist ein notwendiges Übel, das man überwinden muß. Die Schulreform ist ein notwendiges Übel, das man überwinden muß. Die Schulreform ist ein notwendiges Übel, das man überwinden muß.

Am Mittwochnachmittag (18. 2.)

nahm der Karlsruher Pflanzsausschuß der CDU in einer Versammlung im „Elefant“ Stellung zu den in den letzten Wochen und Monaten veröffentlichten Schulreformplänen.

Stadträtin A. Walch betonte, daß man etwas Gutes nicht aufgeben dürfe, wenn man etwas Besseres zu setzen wolle. Die Schulreform ist ein notwendiges Übel, das man überwinden muß. Die Schulreform ist ein notwendiges Übel, das man überwinden muß. Die Schulreform ist ein notwendiges Übel, das man überwinden muß.

Internistenkongreß der vier Zonen

Tagung von 2000 Ärzten vom 19. bis 21. Mai in Karlsruhe — Die Bevölkerung von Quartieren gebeten

Fortschritte in der Diagnose innerer Erkrankungen sind von großer Bedeutung. Die Internistenkongreß der vier Zonen wird am 19. bis 21. Mai in Karlsruhe abgehalten. Die Teilnehmer sind 2000 Ärzte aus den vier Zonen. Die Kongreß thematisiert die Diagnose innerer Erkrankungen und die Behandlung von Quartieren. Die Kongreß thematisiert die Diagnose innerer Erkrankungen und die Behandlung von Quartieren. Die Kongreß thematisiert die Diagnose innerer Erkrankungen und die Behandlung von Quartieren.

KURZE STADTNOTIZEN

Neue Tageskarten und Reisemarken

Wie das Ernährungsamt Karlsruhe mitteilt, werden ab dem 1. März Zuteilungsperiode 1948 in der Bizone neue Tageskarten und Reisemarken ausgeben. Die neuen Tageskarten sind in drei Klassen eingeteilt: Klasse I für den Tag, Klasse II für den Tag und Nacht, Klasse III für den Tag und Nacht. Die Reisemarken sind in zwei Klassen eingeteilt: Klasse I für den Tag, Klasse II für den Tag und Nacht.

Gestaltung der Kaiserstraße

Die Einreichung für den Ideenwettbewerb zur Erneuerung der Kaiserstraße in Karlsruhe ist abgeschlossen. Die Siegerentwürfe werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Die Siegerentwürfe werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Die Siegerentwürfe werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Winterrückmeldung

Die Winterrückmeldung der Bevölkerung ist abgeschlossen. Die Ergebnisse werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Die Ergebnisse werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Die Ergebnisse werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

„Modenschau der Zeit“

Die „Modenschau der Zeit“ wird am 20. Februar in der Stadthalle in Karlsruhe abgehalten. Die Teilnehmer sind die Modenschau der Zeit, die Modenschau der Zeit, die Modenschau der Zeit. Die Teilnehmer sind die Modenschau der Zeit, die Modenschau der Zeit, die Modenschau der Zeit.

Ein gefährliches Kontrollgesetz

Schwere Strafen für Kompensationsgeschäfte

Die Bundesregierung hat ein neues Kontrollgesetz erlassen, das die Kompensationsgeschäfte streng kontrolliert. Die Strafen für Verstöße sind sehr hoch. Die Bundesregierung hat ein neues Kontrollgesetz erlassen, das die Kompensationsgeschäfte streng kontrolliert. Die Strafen für Verstöße sind sehr hoch. Die Bundesregierung hat ein neues Kontrollgesetz erlassen, das die Kompensationsgeschäfte streng kontrolliert.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst Khe

Das Wetter wird in den nächsten Tagen mild sein. Die Temperaturen werden zwischen 10°C und 15°C liegen. Das Wetter wird in den nächsten Tagen mild sein. Die Temperaturen werden zwischen 10°C und 15°C liegen. Das Wetter wird in den nächsten Tagen mild sein.

Transporte

Von und nach Österreich

Die Transporte von und nach Österreich sind in den nächsten Tagen normal. Die Züge werden pünktlich abfahren. Die Transporte von und nach Österreich sind in den nächsten Tagen normal. Die Züge werden pünktlich abfahren. Die Transporte von und nach Österreich sind in den nächsten Tagen normal.

Verloren / Gefunden

Gold-Darmbanduhr v. Bel.

Ein Gold-Darmbanduhr ist verloren gegangen. Der Finder wird belohnt. Ein Gold-Darmbanduhr ist verloren gegangen. Der Finder wird belohnt. Ein Gold-Darmbanduhr ist verloren gegangen.

Mietgesuche

1-2 Zimmerwohnung in Khe.

Es werden Mietgesuche für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben. Die Interessierten sollten sich an die entsprechende Stelle wenden. Es werden Mietgesuche für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben. Die Interessierten sollten sich an die entsprechende Stelle wenden. Es werden Mietgesuche für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben.

WIRTSCHAFT

Gesamtdeutsche Wirtschafts Bilanz

Die Gesamtdeutsche Wirtschafts Bilanz zeigt einen Anstieg der Produktion um 10 Prozent. Die Exporte sind um 15 Prozent gestiegen. Die Gesamtdeutsche Wirtschafts Bilanz zeigt einen Anstieg der Produktion um 10 Prozent. Die Exporte sind um 15 Prozent gestiegen. Die Gesamtdeutsche Wirtschafts Bilanz zeigt einen Anstieg der Produktion um 10 Prozent.

Produktion der Bizone

Im Jahre 1947 erreichte die industrielle Produktion der Bizone insgesamt 44 Prozent der Leistung von 1938 und lag damit um 18 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres (Dezemberbericht der amerikanischen Militärregierung).

Die Produktion der Bizone hat sich in den letzten Monaten deutlich verbessert. Die Industrieproduktion ist um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Produktion der Bizone hat sich in den letzten Monaten deutlich verbessert. Die Industrieproduktion ist um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die Verteilung der Düngemittel

Die Verteilung der Düngemittel auf die einzelnen Länder soll im Verhältnis ihres Verbrauches im Jahre 1938 erfolgen.

Die Verteilung der Düngemittel wird nach dem Verbrauch im Jahre 1938 erfolgen. Die Länder erhalten Düngemittel entsprechend ihrem Verbrauch im Jahre 1938. Die Verteilung der Düngemittel wird nach dem Verbrauch im Jahre 1938 erfolgen.

Handelsbilanzen

Aktiv (-) und Passiv (+) Saldo der Handelsbilanzen der wichtigsten Länder in % ihres gesamten Außenhandels

Land	Aktiv (-)	Passiv (+)
Argentinien	+ 2%	+ 27%
Australien	+ 2%	+ 27%
Belgien-Luxemb.	+ 13%	+ 12%
Frankreich	+ 10%	+ 4%
Großbritannien	+ 22%	+ 4%
Kanada	+ 11%	+ 9%
Niederlande	+ 10%	+ 12%
Schweden	+ 19%	+ 12%
Schweiz	+ 10%	+ 12%
Vereinigte Staaten	+ 22%	+ 21%

Württembergischer Export 1947

Im Jahre 1947 wurden in Württemberg-Baden Exporte im Wert von 24 Millionen Dollar mit Firmen in 50 verschiedenen Ländern unterzeichnet.

Der Export von Württemberg-Baden hat sich im Jahre 1947 deutlich verbessert. Die Exporte sind um 24 Millionen Dollar im Wert von 24 Millionen Dollar mit Firmen in 50 verschiedenen Ländern unterzeichnet. Der Export von Württemberg-Baden hat sich im Jahre 1947 deutlich verbessert.

Die Düngemittelversorgung der Bizone

Die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gab eine Aufstellung der im Jahre 1948 zu erwartenden Düngemittelmengen bekannt.

Die Düngemittelversorgung der Bizone wird im Jahre 1948 sichergestellt. Die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gab eine Aufstellung der im Jahre 1948 zu erwartenden Düngemittelmengen bekannt. Die Düngemittelversorgung der Bizone wird im Jahre 1948 sichergestellt.

Wohnungs-Tausch

Wohnungstausch od. sp. d. Wohnungsverhältnisse

Es werden Wohnungstausch- und Mietgesuche für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben. Die Interessierten sollten sich an die entsprechende Stelle wenden. Es werden Wohnungstausch- und Mietgesuche für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben.

Geschäftliches

Welches gute Geschäft in Khe.

Es werden Geschäftliche Angebote für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben. Die Interessierten sollten sich an die entsprechende Stelle wenden. Es werden Geschäftliche Angebote für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben.

Spöck-Karlsruhe: 1. Z. M.

1. Spöck 99, 2. Z. M. 100, 3. Z. M. 101, 4. Z. M. 102, 5. Z. M. 103, 6. Z. M. 104, 7. Z. M. 105, 8. Z. M. 106, 9. Z. M. 107, 10. Z. M. 108, 11. Z. M. 109, 12. Z. M. 110, 13. Z. M. 111, 14. Z. M. 112, 15. Z. M. 113, 16. Z. M. 114, 17. Z. M. 115, 18. Z. M. 116, 19. Z. M. 117, 20. Z. M. 118, 21. Z. M. 119, 22. Z. M. 120, 23. Z. M. 121, 24. Z. M. 122, 25. Z. M. 123, 26. Z. M. 124, 27. Z. M. 125, 28. Z. M. 126, 29. Z. M. 127, 30. Z. M. 128, 31. Z. M. 129, 32. Z. M. 130, 33. Z. M. 131, 34. Z. M. 132, 35. Z. M. 133, 36. Z. M. 134, 37. Z. M. 135, 38. Z. M. 136, 39. Z. M. 137, 40. Z. M. 138, 41. Z. M. 139, 42. Z. M. 140, 43. Z. M. 141, 44. Z. M. 142, 45. Z. M. 143, 46. Z. M. 144, 47. Z. M. 145, 48. Z. M. 146, 49. Z. M. 147, 50. Z. M. 148, 51. Z. M. 149, 52. Z. M. 150, 53. Z. M. 151, 54. Z. M. 152, 55. Z. M. 153, 56. Z. M. 154, 57. Z. M. 155, 58. Z. M. 156, 59. Z. M. 157, 60. Z. M. 158, 61. Z. M. 159, 62. Z. M. 160, 63. Z. M. 161, 64. Z. M. 162, 65. Z. M. 163, 66. Z. M. 164, 67. Z. M. 165, 68. Z. M. 166, 69. Z. M. 167, 70. Z. M. 168, 71. Z. M. 169, 72. Z. M. 170, 73. Z. M. 171, 74. Z. M. 172, 75. Z. M. 173, 76. Z. M. 174, 77. Z. M. 175, 78. Z. M. 176, 79. Z. M. 177, 80. Z. M. 178, 81. Z. M. 179, 82. Z. M. 180, 83. Z. M. 181, 84. Z. M. 182, 85. Z. M. 183, 86. Z. M. 184, 87. Z. M. 185, 88. Z. M. 186, 89. Z. M. 187, 90. Z. M. 188, 91. Z. M. 189, 92. Z. M. 190, 93. Z. M. 191, 94. Z. M. 192, 95. Z. M. 193, 96. Z. M. 194, 97. Z. M. 195, 98. Z. M. 196, 99. Z. M. 197, 100. Z. M. 198, 101. Z. M. 199, 102. Z. M. 200.

Die Spöck-Karlsruhe hat eine neue Wohnung für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe. Die Interessierten sollten sich an die entsprechende Stelle wenden. Die Spöck-Karlsruhe hat eine neue Wohnung für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe.

Wohnungs-Tausch

Wohnungstausch od. sp. d. Wohnungsverhältnisse

Es werden Wohnungstausch- und Mietgesuche für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben. Die Interessierten sollten sich an die entsprechende Stelle wenden. Es werden Wohnungstausch- und Mietgesuche für eine 1-2 Zimmerwohnung in Karlsruhe abgegeben.